

Sozialwerke



Sozialwerke sichern – Missbräuche bekämpfen

Unsera Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuergelder zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämienn- und Steuerzahlern, wieder ins rechte Lot zu rücken. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik. Die finanzielle Sicherung der AHV-Renten ist ein Muss.



“Die Sozialhilfe ist als Auffangnetz für Menschen in Not gedacht. Doch sie wird zusehends als soziale Hängematte missbraucht. Jemand, der arbeitet, soll besser dastehen als jemand, der von der Allgemeinheit lebt. Alles andere ist ungerecht und asozial.”

Probleme mit Geld zugedeckt

Die Politik von Mitte-Links hat dazu geführt, dass offensichtliche Missstände bei den Sozialwerken, Missbrauch und strukturelle Unterfinanzierung, nicht ehrlich angegangen wurden. Man verschloss die Augen vor den echten Problemen. Missstände wurden meist salopp mit mehr Geld zugedeckt – Geld, das mit zusätzlichen Steuern und Abgaben bei den Bürgern und den Unternehmen geholt wurde.

Altersvorsorge in Schieflage

Wir werden älter und beziehen deshalb immer länger Rente. Das führt dazu, dass immer weniger Arbeitstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Haben 1970 noch fünf Erwerbstätige für einen Rentner einbezahlt, sind es heute noch

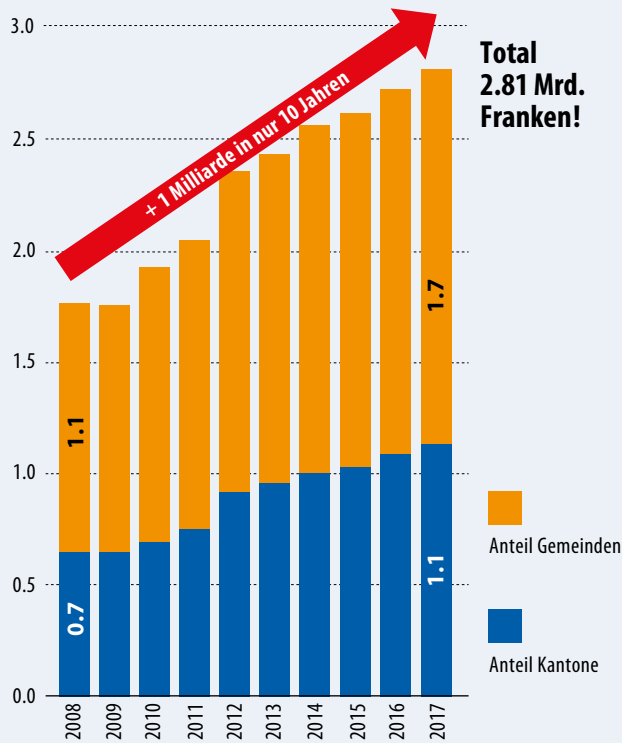
drei. Schon jetzt nimmt die AHV weniger ein, als sie ausbezahlt. Die Rechnung geht nicht mehr auf. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern – und zwar ohne neue Steuern und Abgaben. Dazu gehört insbesondere die Angleichung des Rentenalters von Männern und Frauen und eine Umlagerung von Asyl- und Entwicklungshilfefeldern zur AHV.

Sozialstaat stösst an Grenzen

Der Sozialstaat stösst zunehmend an Grenzen. Während die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken ausmachten und bis 1990 auf 62 Milliarden Franken anstiegen, betragen die Ausgaben für die Sozialwerke in der Schweiz im Jahr 2016 nicht weniger als 177 Milliarden Franken. Damit machten die Sozialleistungen ein Viertel des nationalen BIP aus. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf und zwar zulasten künftiger Generationen. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Bezüger aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat ist in Frage gestellt: AHV, Ergänzungsleistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert. So lagen beispielsweise die Ausgaben für Sozialhilfe 2017 bei über 2.8 Milliarden Franken. Das entspricht einer Zunahme von über einer Milliarde Franken innerhalb von nur zehn Jahren. Immer mehr Menschen beziehen immer länger Sozialhilfe. Die Sozialhilfe hat ihre



Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Explosion der Sozialhilfeausgaben (BFS)

ursprüngliche Funktion als Überbrückungshilfe und als Hilfe zur Selbsthilfe verloren. Zentralisierungs- und Professionalisierungstendenzen haben zudem dazu geführt, dass sich die Systeme immer weiter von den betroffenen Menschen entfernten und eine wirkungsvolle und würdige Hilfe erschwert wird. Dies trifft nicht nur auf die Sozialhilfe zu, sondern beispielsweise auch auf den Kindes- und Erwachsenenschutz, dessen Zentralisierung in Form der sogenannten KESB zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat.

Reformen sind unumgänglich

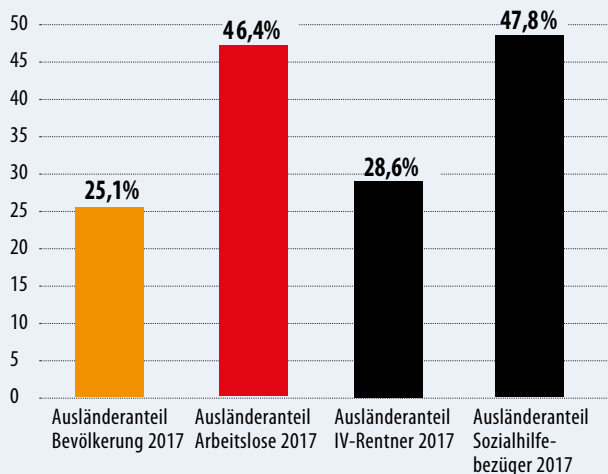
Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Deshalb setzt sich die SVP dafür ein, dass für Frauen wie für Männer das gleiche Rentenalter von 65 Jahren gilt. Bei der beruflichen Vorsorge befürwortet die SVP die Entpolitisierung von technischen Grössen, wie etwa dem Mindestumwandlungs- oder dem Mindestzinssatz, damit hier den effektiven ökonomischen Gegebenheiten Rechnung getragen wird und politische Befindlichkeiten keinen Einfluss haben auf die Berechnung dieser Variablen.

Fehlanreize beseitigen

Weiter müssen bei der IV die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Der Ausländeranteil in der IV ist seit langem überproportional hoch, verglichen mit dem Anteil an

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken

(Angaben in Prozent)



Quellen: BFS, IV-Statistik 2017

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind als unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe zu betrachten und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Denn die SKOS rechnet ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Wer eine zumutbare Arbeit verweigert oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden hält, dessen Leistungen müssten spürbar reduziert werden können. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten. Stattdessen sind das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken, da nur so für den konkreten Einzelfall eine angemessene, günstige und zugleich würdige Hilfe möglich ist. Familie, lokale Vereine, Kirchen und Unternehmen sollen ihren wichtigen Beitrag leisten können.

der Gesamtbevölkerung. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine strengere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um Missbrauch und Fehldiagnosen vorzubeugen.

Standpunkte

Die SVP ...

- setzt sich für die finanzielle Stabilisierung der Sozialwerke ein und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab;
- lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben für die Sanierung unserer Sozialwerke ab;
- setzt sich für die permanente Missbrauchsbekämpfung in den Sozialversicherungen ein;
- fordert in allen Sozialwerken eine Mindestbeitragsdauer, um die Aushöhlung des Sozialstaates durch Armutszuwanderung zu verhindern;
- verlangt zur Sicherung der AHV:
 - Rentenalter 65 für Frauen und Männer
 - vollständige Verwendung des seit 1999 erhobenen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozents für die AHV
 - Rückzahlung der Schulden der Invalidenversicherung an die AHV
 - moderate und schrittweise Erhöhung des Rentenalters, angepasst an die steigende Lebenserwartung oder die Unterdeckung des AHV-Reservefonds
- fordert eine Verlagerung von Mitteln aus der Asyl- und Entwicklungshilfe in die AHV;
- fordert die Befreiung der AHV-Renten von der Bundessteuer und anderen Steuern;
- bekämpft die Quersubventionierung von Erwerbstätigen zu Rentnern in der Pensionskasse;
- fordert die Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes und die Bevorzugung von Familienlösungen gegenüber Heimplösungen;
- verlangt ein Umdenken im Sozialhilfwesen:
 - Milizprinzip vor mehr Zentralisierung und weiterem Staatsausbau, die Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen muss gestärkt werden
 - Eingliederung vor Sozialhilfe, Sozialhilfe ist Überbrückungshilfe;
 - Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien muss aus den kantonalen Sozialhilfegesetzen gestrichen werden;
- bekämpft die durch eine falsche Asyl- und Zuwanderungspolitik entstehenden, unbezahlbaren Folgen in der Sozialhilfe.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Rentner sichere Renten;
- ✓ als Jungem die Aussicht, auch langfristig sichere Sozialwerke zu haben;
- ✓ als in Not Geratenem die Sicherheit, nicht wegen Missbräuchen anderer schlechter dazustehen;
- ✓ als Konsument keine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Sozialwerke;
- ✓ als Gemeindepolitiker die Möglichkeit, in jeder Situation bedarfsgerecht handeln zu können;
- ✓ als Gewerbetreibendem keine zusätzlichen Abgaben und Belastungen.